

Große Anfrage

des Abgeordneten Noah Rechtens und der Liberal-Demokratischen Fraktion

FINANZIERUNG DER GEPLANTEN STEUERREFORMEN UND AUSGABENPROGRAMME

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung finden sich zahlreiche Versprechungen, Steuererleichterungen und Deregulierung durchzusetzen. Gleichzeitig werden jedoch auch große Ausgabenprogramme, wie spezifische Subventionen oder die massive Aufrüstung der Bundeswehr, angekündigt. Für Ökonomen, aber auch für normale Bürger stellt sich hierbei die offensichtliche Frage, wie das funktionieren soll – spezifischer, wie es genau gegenfinanziert werden soll. Hierfür sollte die Bundesregierung, im Besonderen das Bundesministerium für Finanzen, Stellung beziehen, um Klarheit zu schaffen.

Ich frage daher die Bundesregierung:

1. Wie soll der Widerspruch zwischen Steuerentlastungen und steigenden Ausgaben gelöst werden?
 - a. Wie hoch sind die zu erwartenden Mindereinnahmen durch Steuerentlastungen?
 - b. Welche spezifischen Maßnahmen sind geplant, um diese Mindereinnahmen zu kompensieren?
 - c. Gibt es eine erkennbare Priorisierung zwischen Steuererleichterungen und weiteren wirtschaftspolitischen Maßnahmen?
2. In welchem Umfang sollen Sonderfonds und weitere Maßnahmen zur Umgehung der Schuldenbremse im Rahmen der Realisierung von angestrebten Projekten in Anspruch genommen werden?
3. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass Haushaltsdisziplin wie gefordert gewahrt bleibt, ohne wichtige Investitionen für die Zukunft (wie zum Beispiel in Bildung) zu gefährden?
4. Plant die Regierung Steuererhöhungen in anderen Bereichen, um die angekündigten Steuerreformen zu finanzieren?

- a. Gibt es Pläne oder Überlegungen, Steuererleichterungen oder Ausnahmen abzubauen, um Steuersenkungen zu kompensieren?
5. Was plant die Regierung, um zu verhindern, dass steigende Staatsausgaben und sinkende Steuern nicht zu einer erhöhten Inflation führen?
6. Ist eine Reform des Sozialstaats oder anderer staatlicher Aufgabenbereiche beziehungsweise Institutionen geplant, um langfristige Einsparungen im Haushalt zu erzielen?

Berlin, den 11. Februar 2025

Noah Rechtens und Fraktion